Der Kultusminister schaut durch eine rosarote Brille – die Schulwirklichkeit sieht anders aus!

GEW Bayern zum Schuljahresbeginn 2013/14

Mittteilung: GEW Bayern

Tür die meisten Schüler*innen, Lehrer*innen, pädagogischen Fachkräfte und Eltern beginnt das neue Schuljahr so, wie das alte geendet hat: mit Druck und Stress! Daran ändern die selbstgefälligen Erfolgsmeldungen des Kultusministers und deren Wiederholung durch den Staatssekretär, mit denen sie geradezu das pädagogische Paradies in Bayern immer wieder ausrufen, nichts.

Dazu Gele Neubäcker, Vorsitzende der GEW Bayern: "Aus seiner Erkenntnis, dass "die Lehrkräfte heute viele zusätzliche Aufgaben wahrnehmen müssen" zieht der Kultusminister nicht die für Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern notwendigen Konsequenzen, sondern versucht, uns mit "Peanuts" abzuspeisen. Damit geben wir uns nicht zufrieden!"

Alle erfolgreich ausgebildeten Lehrer*innen einstellen!

Wir erfahren, dass knapp 4500 Lehrkräfte neu eingestellt wurden, aber nicht, wie viele davon in ein unbefristetes, sicheres Arbeitsverhältnis. Wir erfahren nicht, wie viele der erfolgreich ausgebildeten Lehrer*innen nicht übernommen wurden und dadurch ihren Wunschberuf nicht ausüben können, noch erfahren wir, wie viele aus dem Schuldienst ausgeschieden sind.

Wir erfahren, dass die Klassen (außer an FOS/BOS) im Durchschnitt kleiner geworden sind, aber nicht, wie viele sehr kleine Klassen durch sehr große Klassen an anderen Schulen kompensiert werden müssen. An Grund- und Mittelschulen gibt es keine Mindestklassengröße mehr. Damit sollen kleine Schulen zumindest im Wahljahr weiter bestehen können. Anschließend wird es absehbar zu Schulschließungen auf dem Land kommen. Dazu Neubäcker: "Es ist z. B. sicher kein Zufall, dass eine "Zwergschule" mit zehn (!) Schüler*innen im Allgäuer Dorf Unterjoch die Bestandsgarantie gerade für das Schuljahr 2013/14 erhalten hat!"

Wir erfahren nicht, wie groß die Eingangsklassen an Gymnasien und Realschulen sind, nur die Durchschnittsgröße von 26,3 bzw. 26,6, was auch pädagogisch unvertretbar ist.

Deshalb fordert die GEW nach wie vor: Alle erfolgreich ausgebildeten Lehrer*innen einstellen, solange pädagogischer Bedarf besteht!

"Gebundene Ganztagsschulen" für alle Schüler*innen!

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft fordert die "gebundene Ganztagsschule": Alle Schüler*innen sind von morgens bis nachmittags an der Schule. Der Schultag ist rhythmisiert, Lern-, Übungs-, Spiel- und Bewegungsphasen wechseln sich ab. Schüler*innen können aus sportlichen, künstlerischen oder musischen Angeboten auswählen oder auch selbst AGs gründen. Ein kostenloses Mittagessen ist aus sozialen Gründen selbstverständlich. Die Übungsphasen ersetzen die nach aller Erfahrung wenig effektiven Hausaufgaben. Pädagogische Fachkräfte mit unterschiedlichen Schwerpunkten arbeiten in Teams zusammen.

Weit davon entfernt ist die schöngeredete bayerische Schulwirklichkeit! Ganztagsangebote an 83 % der Schulen (bis Jahrgangsstufe zehn) bedeutet: Alle Schulen sind überwiegend Halbtagsschulen, die einen erheblichen Teil der schulischen Arbeit in den Nachmittag legen. Ob Schüler*innen bei Bedarf die notwendige Unterstützung – auf die zumindest die Grundschule baut – erhalten, darf sie nicht interessieren. Die Verantwortung dafür wird den Eltern zugeschoben, die als Hilfslehrer*innen oder Auftraggeber von Nachhilfestunden einspringen müssen, sofern sie dazu in der Lage sind.

Für einen geringen Teil der Schüler*innen gibt es ein kostenpflichtiges Mittagessen und Nachmittagsangebote. Gerade 1050 von knapp 4000 staatlichen Schulen haben "gebundene Ganztagsklassen" für einen Teil ihrer Schüler*innen. 3850 Schulen machen "offene" Angebote, das sind Halbtagsschulen, an denen für Schüler*innen, die bzw. deren Eltern es wünschen, Mittagessen und Nachmittagsbetreuung angeboten wird. Beide Formen sind unterfinanziert und personell unterbesetzt, die offenen Angebote können deshalb meist nicht die pädagogischen Standards von Horten erreichen.

Das Gymnasium braucht ein stimmiges Konzept - Flickschusterei löst die Probleme nicht!

Vergeblich hat der Ministerpräsident das Gymnasium zur Chefsache erklärt, um für Ruhe an dieser Schulart zu sorgen. Das "freiwillige Durchfallen", genannt "Flexijahr" für zwei bis drei Prozent der Schüler*innen in der Mittelstufe ist Hals über Kopf am "grünen Tisch" entstanden und findet daher die "entsprechende" Akzeptanz. Es wird außerhalb des KM entweder belächelt oder ruft wütende Reaktionen hervor. Kaum jemand sieht darin eine in der Praxis umsetzbare Lösung von Lern-

bzw. Notenproblemen, wenn Schüler*innen freiwillig eine Klassenstufe wiederholen, in diesem Wiederholungsjahr sechs Wochenstunden in beliebigen Fächern streichen können und in dieser Zeit in ihren "Problemfächern" gefördert werden sollen. Was fehlt, ist ein grundsätzlich neues und stimmiges Konzept für das Gymnasium mit genügend Zeit für nachhaltiges und selbst verantwortetes Lernen und guten Arbeitsbedingungen für Lehrer*innen. Aus Sicht der GEW am besten als Konzept einer gymnasialen Oberstufe als Anschlussmöglichkeit an die zehnjährige gemeinsame Schule für alle!

Verpflichtung zur Inklusion endlich ernst nehmen!

Selbstzufrieden mit dem Wenigen, was erreicht worden ist, scheinen sich Staatsregierung und KM entspannt zurückzulehnen. Die in Aussicht gestellte qualitative Weiterentwicklung des Status quo bleibt aus, lediglich quantitativ wird etwas ausgeweitet: 126 Schulen, überwiegend Grundschulen, haben den Namen "Schulen mit dem Profil Inklusion". Mehr Schüler*innen mit dem Label "(lern)behindert" besuchen Grundschulen, allerdings ohne dass diese entsprechend ausgestattet sind. Die personelle, materielle und räumliche Situation ist nach wie vor unzureichend, qualifizierte und umfassende Fortbildung für neue Aufgaben: Fehlanzeige!

Wir brauchen EINE SCHULE FÜR ALLE!

"Hartnäckig und selbstbewusst wiederholen wir unsere Forderung nach einer gemeinsamen Schule für ALLE Kinder und Jugendlichen bis zum Ende der Pflichtschulzeit. Internationale Erfahrungen und wissenschaftliche Erkenntnisse belegen die Berechtigung unserer Forderung: EINE SCHULE FÜR ALLE ist die Schulform, die die Würde aller Kinder und Jugendlichen wahrt, indem sie niemanden aussondert oder bloßstellt, und die das Menschenrecht auf Bildung für alle Kinder und Jugendlichen am ehesten und am besten einlösen kann!", so Neubäcker abschließend.

Pressemitteilung Nr. 14/2013 v. 11.9.2013 Elke Hahn Geschäftsführerin GEW Bayern www.gew-bayern.de